

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Abgeordneten Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 5 der Tagesordnung für den Landtag am 21.06.2023.

Überprüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Vertriebenen

Fast 93.000 Menschen kassieren Grundversorgungsleistungen davon mehr als 55.000 Ukrainer! Gratis Wohnen, Verpflegung, Bekleidung, Krankenversicherungsschutz, Mobilitätskarte, Familienbeihilfe und je nach Bundesland noch Taschengeld. Das nennt sich Grundversorgung und wird von Asylwerbern und Vertriebenen in Anspruch genommen. Von den 55.799 Ukrainern haben mehr als die Hälfte nämlich 23.532 ihren Sitz in Wien. Und gerade in Wien fahren unzählige hochpreisige KFZs, insbesondere SUVs, deren Fahrer auch lange Zeit kostenlos parken durften. Diese Fahrzeuge sind neben teurem Gewand und Bündel an Bargeld nur ein Beispiel für großen Reichtum vieler Vertriebenen aus der Ukraine. Der Grund, warum bislang Asylwerber wie Afghanen, Syrier, Afrikaner aus verschiedenen Staaten als Asylwerber per se als vermögenslos angesehen wurden und so in den Genuss sog. Sozialhilfen kommen, ist, dass deren Regierungen angeblich keine Auskunft über Vermögens- und Einkommensverhältnisse ihrer Bürger aushändigen. Dies gilt aber sicher nicht für die Ukraine, die Milliarden Euro Finanzmittel, Infrastruktur und Waffen von europäischen Staaten und der EU bekommen. Als Gegenleistung dafür muss die Ukraine, will sie die Sozialleistungen für ihre Bürger weiter sicherstellen, auch Daten über Vermögen und Einkommen an die Aufnahmestaaten weiterleiten.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Die Bundesregierung insbesondere der zuständige Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, umgehend in Verhandlungen mit der Ukraine und anderen Staaten der Europäischen Union die Übermittlung von Vermögens – und Einkommensdaten von Vertriebenen in Österreich sicherzustellen, damit nur jene Sozialleistungen wie Grundversorgung bekommen, die es auch wirklich brauchen und Millionäre davon ausgeschlossen werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

